

# niedersachsen *magazin*

4

April 2023 • 85. Jahrgang

NBB – Niedersächsischer Beamtenbund  
und Tarifunion

## Tarifverhandlungen gescheitert!

Seite 3 <

Verhandlungen in  
der dritten Tarif-  
runde gescheitert

Seite 5 <

Warnstreiks  
im Sozial- und  
Erziehungsdienst!

Seite 6 <

Weltfrauentag:  
Starke Frauen  
für ein starkes  
Deutschland



## Sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen,

die Tarifverhandlungen in Potsdam für die Beschäftigten von Bund und Kommunen sind ohne Ergebnis beendet worden. Nun hat die Arbeitgeberseite die Schlichtung angerufen und es bleibt abzuwarten, ob es den Schlichtern gelingen wird, diese Einkommensrunde noch zu einem guten Ergebnis zu führen.

Insbesondere das Verhalten der Arbeitgeberseite in den vergangenen Wochen und Monaten unseren Beschäftigten gegenüber ist höchst bedauerlich. Alle Argumente sind offensichtlich wirkungslos verhallt und nicht ausreichend wahrgenommen worden.

Während in der zweiten Verhandlungsrunde wenigstens noch ein Angebot vorgelegt wurde, **konnte sich die Arbeitgeberseite nicht einmal dazu durchringen, in der finalen Verhandlung konkrete Zugeständnisse im Interesse unserer Beschäftigten zu machen.** Nun müssen wir offensichtlich den Druck noch einmal erhöhen und für den Fall einer erfolglosen Schlichtung die Urabstimmung einleiten. Diese könnte zu umfangreichen Streikmaßnahmen im öffentlichen Dienst führen. Dies wäre zu verhindern gewesen, wenn sich insbesondere die kommunale Arbeitgeberseite bewegt hätte.

Unsere Verhandlungsspitze hat immer und immer wieder die Sorgen unserer Kolleginnen und Kollegen deutlich gemacht und aufgezeigt, was ein Scheitern dieser Verhandlungen für die Daseinsvorsorge in diesem Land bedeuten wird. Nun stehen wir alle vor einer weiteren schwierigen Situation, aber ich bin überzeugt davon, dass wir am Ende mit unseren Argumenten durchdringen und den Prozess zu einem guten Abschluss bringen werden.

Insgesamt ist mit Blick auf die Tarifverhandlungen für Bund und Kommunen festzuhalten, dass wir immer davon ausgegangen sind, dass die Verhandlungen in diesem Jahr besonders schwierig werden. Gleichwohl war ich, wie viele andere auch, vom tatsächlichen Verlauf der Verhandlungen und der absoluten Verweigerungshaltung der Arbeitgeberseite doch überrascht und teilweise betroffen. Von den großen Applauszenarien zugunsten der Kolleginnen und Kollegen, die insbesondere in der Coronazeit dieses Land am Laufen gehalten haben, ist wenig geblieben.

In zahlreichen Gesprächen mit Betroffenen habe ich in den vergangenen Monaten eine hohe Frustration und Resignation in Bezug auf die Arbeitgeberseite wahrgenommen. Es wird eine große Herausforderung werden, hier wieder eine Form des Vertrauens herzustellen.

### ■ Vielen Dank für Ihr und euer Engagement

Gleichzeitig möchte ich mich auf diesem Weg bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken, die sich in den vergangenen Monaten absolut solidarisch an unseren Aktionen beteiligt haben und in beeindruckender Form und mit großem Engagement für eine Verbesserung ihrer und unserer Gesamtsituation eingetreten sind. Insbesondere in Niedersachsen haben wir mit unseren Aktionen gezeigt, welchen Druck wir auf die Straße bringen können, und das werden wir – auch im Hinblick auf die anstehenden Tarifverhandlungen für die Landesbeschäftigten im kommenden Herbst – in entsprechender Form so weiterführen und aufrechterhalten.

### ■ Alimentation

Ein weiteres Schwerpunktthema liegt nach wie vor in der ungelösten Frage der Alimentation der niedersächsischen Landesbeamtinnen und Landesbeamten. Aus zahlreichen Mitgliederveranstaltungen und Personalversammlungen der vergangenen Wochen nehme ich immer wieder mit, wie verärgert viele Kolleginnen und Kollegen angesichts des teilweise eklatanten Besoldungsrückstandes in Niedersachsen sind. Ich darf Ihnen und euch versichern, dass sich die Spitze des Niedersächsischen Beamtenbundes und Tarifunion fortwährend in Abstimmungs- und Sensibilisierungsgesprächen mit der niedersächsischen Landesregierung befindet, um – in Erwartung eines Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts – auch hier bald zu einer deutlichen Verbesserung der Situation für unsere aktiven und ebenso der passiven Beamtinnen und Beamten zu kommen.

Beide Themen, also die aktuellen und bevorstehenden Tarifverhandlungen sowie die Frage der amtsangemessenen Alimentation, haben noch einen weiteren wesentlichen Aspekt, der keinesfalls aus dem Fokus geraten darf.

Es wird uns nur gelingen, den Personalbedarf im öffentlichen Dienst in Niedersachsen zu erfüllen, wenn es gelingt, ausreichend geeignete Bewerberinnen und Bewerber für eine Laufbahn im öffentlichen Dienst zu gewinnen. Dieses wird angesichts des sich immer weiter zuspitzenden Fachkräftemangels deutlich schwieriger. Nur durch angemessene monetäre Angebote kann es gelingen, tatsächlich das geeignete Personal für uns zu gewinnen.

Wir stehen, und das ist uns seit mehr als drei Jahren absolut bewusst, in besonders schwierigen und herausfordernden Zeiten. Die beachtenswerten Mitgliederzuwächse in unseren Fachgewerkschaften machen deutlich, dass die Kolleginnen und Kollegen gerade jetzt unsere Unterstützung benötigen, auch um ihre persönliche Situation endlich nachhaltig zu verbessern.

Genau dafür stehen wir an eurer und an Ihrer Seite!

Ihr/euer

Alexander Zimbehl  
1. Landesvorsitzender NBB



> Alexander Zimbehl,  
1. Landesvorsitzender

### Impressum

**Herausgeber:** NBB Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion, Raffaelstraße 4, 30177 Hannover. **Telefon:** 0511.3539883-0. **Telefax:** 0511.3539883-6. **E-Mail:** post@nbb.dbb.de. **Internet:** www.nbb.dbb.de. **Bankverbindung:** BBBank Karlsruhe, BIC: GENODE61BBB, IBAN: DE07 6609 0800 0005 4371 56. **Redaktion:** Alexander Zimbehl (1. Landesvorsitzender), Azra Goronczy (Landesgeschäftsführerin) und Lia Napierski. **Redaktionsschluss:** 30.03.2023  
**Verantwortlich für den Inhalt:** Alexander Zimbehl, Raffaelstraße 4, 30177 Hannover. Beiträge mit Autorenangabe stellen nicht unbedingt die Meinung des NBB dar.  
**Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

**Titelfoto:** © Getty Images/iStockphoto

**Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.  
**Layout:** Dominik Allartz.

**Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste** 27, gültig ab 1.1.2023.

**Bezugsbedingungen:** Erscheint 10-mal jährlich. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Jahr 19,90 Euro. Für Mitglieder ist der Bezugspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Bezug nur durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.

## Verhandlungen in der dritten Tarifrunde gescheitert

Begleitet von massiven Warnstreiks haben Gewerkschaften und Arbeitgeber über die Einkommen im öffentlichen Dienst verhandelt. Drei Tage dauerte die Schlussrunde in Potsdam. Am Ende gab es keine Einigung – nun geht es in die Schlichtung.

### ■ Zu wenig Bewegung in den wichtigen materiellen Fragen

„Bund und Kommunen respektieren die Sorgen und Nöte ihrer Beschäftigten nicht. Und sie schätzen Frustration und Entschlossenheit der Kolleginnen und Kollegen falsch ein. Nur so ist zu erklären, dass sie uns hier wieder kein wirklich verbessertes Angebot vorgelegt haben. Das war zu wenig Bewegung in den wichtigen materiellen Fragen. Wir müssen Reallohnverluste verhindern und brauchen einen nachhaltigen Inflationsausgleich. Das war von Anfang an klar. Nach jetzigem Stand der Dinge sind die Arbeitgebenden dazu nicht bereit. Die Verhandlungen sind damit gescheitert. Jetzt stehen Schlichtung oder Urabstimmung und Vollstreik im Raum. Wir haben in den letzten Wochen gezeigt, dass wir kampfbereit sind, wenn es sein muss“, machte Silberbach deutlich.

Sollte es zum Vollstreik kommen, seien hierfür allein der Bund und die kommunalen Arbeitgebenden verantwortlich.

Silberbach: „Wir haben in den Verhandlungen viele Runden ge-



➤ Verhandlungsführer Ulrich Silberbach

dreht und sind überhaupt nicht vorangekommen. Also müssen wir jetzt den Druck nochmal erhöhen und die Urabstimmung einleiten. Wenn Bund und Kommunen die Schlichtung anrufen, werden wir uns natürlich konstruktiv beteiligen. Wenn nicht, kann es ab Ende April überall im Land zu umfassenden Streikmaßnahmen im öffentlichen Dienst kommen. Ich bin überzeugt, der Ärger der Kolleginnen und Kollegen über die Ignoranz der Arbeitgebenden wird zu einer hohen Beteiligung bei der Urabstimmung und zu einer großen Streikbereitschaft führen. Leidtragende sind alle – Beschäftigte genauso wie Bürgerinnen und Bürger.“

Quelle: *dbb beamtenbund und tarifunion*

einen Schlichterspruch beziehungsweise eine Einigungsempfehlung ab. Ein Schlichterspruch ist nicht verbindlich, sondern stellt einen Vorschlag dar, den Arbeitgeber und die Gewerkschaften in einer weiteren Verhandlungsrunde erst noch annehmen müssen.

Während der Schlichtung gilt die sogenannte Friedenspflicht. Das bedeutet, dass es bis zum



➤ Warnstreiks während der Tarifverhandlungen

### ■ Was ist eine Schlichtung?

Mit der Schlichtung wird versucht, auf dem Verhandlungsweg doch noch ein Ergebnis zu erzielen. Dafür wird eine Schlichtungskommission eingesetzt. Rufen die Arbeitgeber die Schlichtung an, beginnt diese zeitnah.

Am Ende der Schlichtung gibt die Schlichtungskommission

Ende der Verhandlungen über das Schlichtungsergebnis keine Streiks im öffentlichen Dienst geben wird.

Wird auch nach der Schlichtungsphase keine Einigung erzielt, kommt es zu einer Urabstimmung innerhalb der Gewerkschaften, welche dann gegebenenfalls zu einem Vollstreik führt. ■

### ➤ 6. Landeshauptvorstandssitzung des NBB am 15. März 2023 im Maritim Airport Hotel in Hannover

Zum ersten Mal in diesem Jahr versammelte sich der Landeshauptvorstand des NBB am 15. März 2023 im Maritim Airport Hotel Hannover.

Der 1. Landesvorsitzende des NBB, Alexander Zimbehl, eröffnete die Sitzung, welche sehr gut besucht war, und berichtete über viele aktuelle

Themen. Unter anderem ging es um die aktuelle Situation zu den Tarifverhandlungen TVÖD, die Alimentation oder auch den aktuellen Bearbeitungsständen in den einzelnen Gremien und Arbeitskreisen innerhalb des NBB.

Insbesondere die aktuellen Tarifverhandlungen beschäftigten

den die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Sitzung intensiv.

Auch die Vorsitzende der NBB Landesfrauenvertretung, Kerstin Rhode-Fauerbach, der Vorsitzende der NBB-Landesjugendleitung, Sebastian Scherbinski und der Vorsitzende der NBB-Seniorenvertretung, Jürgen Hüper, berichteten

über die Arbeit ihrer jeweiligen Vertretungen und die neuesten Ereignisse innerhalb dieser.

Angeregte Diskussionen über Themen, die aus den Mitgliedsgewerkschaften vorgebracht wurden, konnten an diesem Tag besprochen und in die Agenda mit aufgenommen werden.



## Wichtiges Gespräch mit der NLBV-Hausspitze!

Mitte März nahm der NBB beim Präsidenten des Niedersächsischen Landesamtes für Bezüge und Versorgung (NLBV), Herrn Dr. Tegtmeier, einen kurzfristig erbetenen und daraufhin auch sehr zeitnah eingeräumten Termin wahr, um diverse Fragestellungen rund um das Thema eBeihilfe zu erörtern.

Und die nach dem Scannen erstellten Daten müssen (zur Zeit leider immer noch in einer viel zu hohen Fallzahl) aufwendig verifiziert („validiert“) werden. So dauert es nach dem Posteingang nach wie vor Wochen, bevor die eigentliche Sachbearbeitung beginnen kann.

Das erkannte Problem kann jetzt allerdings nur durch eine differenzierte Neuprogrammierung gelöst werden. Der Entwicklungsprozess muss noch weitergehen, und er geht auch wirklich weiter.



➤ Arnd Tegtmeier (DSTG), Thorsten Balster (DSTG/NBB-Landesschatzmeister), Dr. Tegtmeier (NLBV), Alexander Zimbühl (1. Landesvorsitzender NBB), Johann Ubben (DVG), Marianne Erdmann-Serec (stellvertretende Landesvorsitzende NBB) (von links)

### ➤ Beihilfe-App

Inzwischen ist zudem mit der Beihilfe-App ein absolut innovatives Element in der niedersächsischen Landesverwaltung implementiert. Damit wird eine merkliche Erleichterung der Antragstellung und außerdem eine Beschleunigung der elektronischen Bearbeitung ermöglicht. Und für analoge Anträge konnte mit der zwischenzeitlichen Einrichtung einer Postfachadresse für das Scan-Center beim IT.N in Hannover immerhin eine gewisse Verbesserung der Abläufe umgesetzt werden.

Abschließend wurde mit Herrn Dr. Tegtmeier die etwaige Option angesprochen, Informationen über die neuen Beziehungsweise Verarbeitungstätigkeiten in der NLBV-Beihilfestelle unter Umständen nochmals empfänger(innen)orientiert zu aktualisieren.

### ➤ Fazit

Als klares Fazit des intensiven Austausches lässt sich die gegenseitige Erkenntnis über die auch weiterhin enormen Herausforderungen bei der absehbaren Beschleunigung weiterer digitaler Wege ziehen. Umso wichtiger ist die getroffene Verabredung zu werten, weiterhin im vertrauensvollen Austausch zu bleiben.

*Arnd Tegtmeier (DSTG)*

Der 1. Landesvorsitzende des NBB, Alexander Zimbühl, sowie die stellvertretende Landesvorsitzende Marianne Erdmann-Serec und der Landesschatzmeister Thorsten Balster wurden dabei von Arnd Tegtmeier (DSTG) und Johann Ubben (Vorsitzender DVG) begleitet.

### ➤ Unverständnis bei der Bearbeitung der Anträge

Sowohl bei vielen Fachgewerkschaften und -verbänden als auch unmittelbar in der NBB-Geschäftsstelle waren seit geraumer Zeit unzählige Kolleginnen und Kollegen vorstellig geworden, um ihren deutlichen Unmut beziehungsweise ihr völliges Unverständnis über die Veränderungen loszuwerden, die sie bei der Bearbeitung der Beihilfeanträge erlebt hatten. Ungeachtet der vom NLBV durch Merkblätter beziehungsweise auf ihrer Homepage ([www.nlbv.niedersachsen.de/beihilfe](http://www.nlbv.niedersachsen.de/beihilfe)) bereits veröffentlichten Informationen bestand dar-

über hinaus ein erheblicher Rede-, Informations- und Klärungsbedarf.

### ➤ Zukunftsorientierung durch Digitalisierung

Der NLBV-Präsident stand zu sämtlichen angesprochenen Aspekten – auch durchaus selbstkritisch – sehr offen Rede und Antwort. Es wurde im Verlauf der circa 90-minütigen Unterredung mehr als deutlich, dass eine vorrangig beabsichtigte Zukunftsorientierung durch Digitalisierung auch beim Projekt eBeihilfe nicht „ruckelfrei“ verlaufen konnte.

Die involvierten Kolleginnen und Kollegen des NLBV-Standorts Aurich haben neben ihren eigentlichen anspruchsvollen Tagesgeschäften sehr viel (Wo) Manpower investiert, aber der herausfordernde Prozess hängt maßgeblich auch von weiteren – externen – Mitwirkenden ab. Denn nicht nur Programmierungsaufgaben wurden notwendigerweise auf dem Markt

eingekauft, sondern auch für den in der alltäglichen Anwendung maßgeblichen Bearbeitungsschritt einer Transformation der üblichen Papiereingänge in verarbeitungsfähige Datensätze – dem Scannen – wurde der zentrale EDV-Dienstleister für die gesamte niedersächsische Landesverwaltung, das IT.Niedersachsen, als externe Stelle beauftragt.

### ➤ Entwicklung gestaltet sich schwieriger als erwartet

Der Aufbau und die fortlaufende Entwicklung dieser mehr oder weniger „politisch motivierten“ Kooperation gestalten sich allerdings über eine längere Zeit deutlich schwieriger als erwartet. Abgesehen vom tagtäglichen physischen Transport aller Anträge und Belege von Aurich nach Hannover standen die notwendigen Kapazitäten dort nicht rechtzeitig im erforderlichen Umfang verlässlich zur Verfügung.

# Vollversammlung der Landesseniorenvertretung des NBB

## Senioren demonstrieren für faire Entgelte

Am 28. Februar 2023 fand die Großdemonstration des NBB und des dbb im Rahmen der aktuellen Tarifverhandlungen in Hannover auf dem Ernst-August-Platz statt.

An diesem Tag tagte auch die Vollversammlung der Landesseniorenvertretung der Mitgliedsgewerkschaften/-verbände des NBB. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Sitzung haben sich nicht die Gelegenheit nehmen lassen, an der Großdemonstration für eine faire Vergütung der Bediensteten teilzunehmen.

Höhere Vergütungen sind grundsätzlich sozialversicherungswirksam. Damit haben sie Auswirkungen auf die Rentenanpassungen beziehungsweise die Beitragshöhe in der gesetzlichen Krankenversicherung. Die von den Arbeitgebern nach der zweiten Tarifrunde angebotenen Einmalzahlungen sind keine dauerhafte Entlastung aufgrund der Inflation. Das erhöhte Preisniveau bleibt, Einmalzahlungen fehlen als Basis für künftige Tarifanpassungen und sie fehlen den Renten- und Krankenkassen.

Als Besonderheit des öffentlichen Dienstes haben Tarifergebnisse auch Signalwirkung für die verfassungsrechtlich garantierte amtsangemessene Alimenta-

tion der Beamtinnen und Beamten (Bezüge und Versorgung).

### ■ Fazit aus dem Jahr 2022

Neben der Teilnahme an der Großdemonstration berichtete die Geschäftsführung der Landesseniorenvertretung in der anschließenden Sitzung über ihre bisherige Arbeit.

Vor der Landtagswahl im Oktober 2022 hat sich die Landesseniorenvertretung unter anderem mit Schreiben intensiv gegen die unfaire Behandlung der älteren Landesbediensteten eingesetzt. Die Seniorinnen und Senioren erhielten keine Einmalzahlung im Dezember und haben auch nicht die 1.300 Euro Einmalzahlung, die sogenannte Coronasonderzahlung, im März 2022 erhalten. Die Zahlung der Energiekostenpauschale erfolgte erst mit den Dezemberbezügen.

### ■ Was die Seniorinnen und Senioren in diesem Jahr beschäftigt

Von der Einmalzahlungen im Dezember sind die Versorgungsberechtigten weiterhin ausgeschlossen. Einmalzahlungen aufgrund von Tarifabschlüssen führen nicht zur besseren finanziellen Situation, wenn sie nicht bei den Seniorinnen und Senioren ankommen.



► Seniorenvertretung auf der Großdemonstration in Hannover: Pankow, Jitschin, Wegener (von links)

Auch Ältere müssen die rasant steigenden Lebenshaltungskosten bezahlen. Das demnächst erwartete Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Alimentation in Niedersachsen wird nicht nur Antworten geben, sondern auch viele Fragen aufwerfen einschließlich der unmittelbaren Übertragung auf den Versorgungsbereich.

### ■ Interessen in der Gewerkschaftsarbeit

Weiteres Thema der Sitzung war die Betreuung der Seniorinnen und Senioren in den Mitgliedsgewerkschaften/-verbänden. Die Zahl der über 60-jährigen in der Gewerkschaft erhöht sich ständig. Die Akzente der Gewerkschaftsarbeit für diesen Personenkreis verschieben sich. Themen wie Arbeitszeit oder Fahrkostenersatz für Dienstreisen sind nun nicht mehr im eigenen Interesse.

Das Problem eines fairen Entgelts für die Rentnerinnen und Rentner beziehungsweise Versorgungsberechtigten bleibt. Versorgungsberechtigte bleiben Beamtinnen und Beamte und unterliegen den beamtenrechtlichen Bestimmungen wie zum Beispiel die Änderungen der Beihilferegulungen. In der Sitzung stellten die Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedsgewerkschaften/-verbände ihre Aktivitäten für die Seniorinnen und Senioren in ihren Organisationen vor. Dieser Strauß an Aktivitäten sowie weitere Möglichkeiten wie Kooperationen können eine erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit für Ältere ergänzen und damit die Arbeit unserer Gewerkschaften stärken.

Jürgen Jitschin,  
NBB-Seniorenvertretung

## Einkommensrunde Bund und Kommunen

# Warnstreiks im Sozial- und Erziehungsdienst!

Am Mittwoch, 8. März 2023 hat die komba ihre Warnstreiks anlässlich der Einkommensrunde für die Beschäftigten von Bund und Kommunen in Niedersachsen fortgesetzt.

Betroffen waren der Sozial- und Erziehungsdienst, also insbesondere kommunale Kitas und die sonstige soziale Arbeit in den Kommunen. Aktions-

schwerpunkte waren dabei die Stadt Peine mit den umliegenden Kommunen, die Stadt Salzgitter sowie die Stadt Braunschweig.

### ■ Peine

In Peine gab es eine Demonstration auf dem Historischen Marktplatz. Bei der Kundgebung sprach unter anderem Alexander Zimbehl, 1. Landesvorsitzender des Niedersächsischen Beamtenbundes und Tarifunion (NBB), zu den Demonstrierenden und bekräftigte die gewerkschaftliche Forderung unter an-

derem nach 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro mehr Entgelt.

### ■ Lüneburg

Auch die Beschäftigten der Psychiatrischen Klinik Lüneburg haben für höhere Einkommen protestiert und Warnstreiks durchgeführt. Die GeNi hat im Rahmen der Tarifrunde im öffentlichen Dienst am 22. März 2023 in der PK Lüneburg zu einem ganztägigen Warnstreik aufgerufen.



Die Beschäftigten protestierten gegen das von Bund und Kommunen Ende Februar in der zweiten Tarifverhandlungsrunde vorgelegte Angebot, dass insbesondere Sonderopfer von Beschäftigten in den Kliniken vorhält. Unter bestimmten Voraussetzungen sollen diese auf Lohn verzichten, wenn es dem Betrieb wirtschaftlich schlecht geht.

„Das Angebot ist schlicht respektlos“, betonte der GeNi-Vor-

sitzende Jens Schnepel sowie die Kolleginnen und Kollegen aus der PK Lüneburg. „Die Beschäftigten im Gesundheitswesen haben in der Coronapandemie alles gegeben, sie waren extremen körperlichen und seelischen Belastungen ausgesetzt. Und zum Dank wollen die Arbeitgeber nun Gehälter kürzen können?“, verkündete Jens Schnepel unter lautem Zuspruch der Demonstrierenden.



> Demonstrationzug in Peine



> Demonstranten in Peine

**Unter dem Motto „Gute Pflege kostet“ bekräftigte die GeNi ihre Forderungen**

würden, könnten Kliniken bis zu sechs Prozent, Arbeitgeber in der Altenpflege bis zu fünf Prozent weniger Lohn zahlen.

Zum Hintergrund: Die VKA hat in ihrem ersten Angebot vom 23. Februar 2023 vorgeschlagen, den sogenannten Tarifvertrag zur Zukunftssicherung der Krankenhäuser, kurz TV ZUSI, sowie den Tarifvertrag Soziale Dienste für die Altenpflege und Altenhilfe wieder in Kraft zu setzen. Wenn diese Tarifverträge im konkreten Fall angewendet

**komba hat ihre landesweiten Streiks am 22. März 2023 ausgedeutet**

Unter anderem wurde erneut in Peine demonstriert. An dieser Demo nahm auch der 1. Landesvorsitzende des NBB, Alexander Zimbehl, teil und sprach vor Ort zu den Demonstrierenden.

## Weltfrauentag

# Starke Frauen für ein starkes Deutschland

Am Internationalen Frauentag, dem 8. März, kämpfen Millionen Frauen für mehr Rechte und gegen ihre Diskriminierung, Benachteiligung und Unterdrückung. Deutschland zählt zu den Pionierländern, die diesen Tag seit seiner Entstehung 1911 begehen. Die Vereinten Nationen (UN) hatten den Weltfrauentag 1977 als „Tag für die Rechte der Frau und den Weltfrieden“ ausgerufen.

Auch 2023 sehen wir als NBB ebenfalls die Notwendigkeit, weiterhin für diese Werte einzustehen und alles zu tun, um dieser Ungerechtigkeit für die Zukunft ein Ende zu setzen.

**Der Internationale Frauentag 2023 steht unter besonderen Vorzeichen**

Seit Herbst letzten Jahres haben wir durch die Folgen des Ukraine-Krieges die höchste Inflation in Deutschland seit 70 Jahren. Die Lebensmittelpreise haben sich drastisch erhöht, die Energie-

und Strompreise sind explodiert. Viele Kolleginnen und Kollegen haben reale Existenzängste.

Und wieder trifft es viele Frauen besonders hart. Sie haben oftmals niedrige Einkommen, sind alleinerziehend, arbeiten in Teilzeit oder haben Minijobs oder eine kleine Rente. Ihnen fällt es daher besonders schwer, solche enormen Steigerungen der Lebenshaltungskosten zu verkraften.

Mit Stolz möchten wir zwei unserer Mitgliedsgewerkschaften vorstellen, die ihre Forderungen auf den Punkt gebracht haben und uns bei allen anderen natürlich auch für den mutigen Einsatz zum Weltfrauentag bedanken!

**DPVKOM: Weltfrauentag als Anlass für Forderungen zur Gleichberechtigung**

Chancengleichheit, gleicher Lohn für gleiche Arbeit und eine

gerechte Verteilung der Fürsorgearbeit – das waren die wichtigsten Forderungen der Fachgewerkschaft DPVKOM im Hinblick auf den Weltfrauentag am 8. März.

In vielen Bereichen der Gesellschaft und Arbeitswelt sind Frauen immer noch schlechter gestellt als Männer. Das zeigt sich zum Beispiel in der nach wie vor vorhandenen Lohnlücke zwischen den Geschlechtern. Auch die sogenannte Sorgearbeit (Pflege, Kinderbetreuung et cetera) ist ungerecht verteilt, da sie zu einem weit überwiegenen Teil von Frauen geleistet werden muss.

Obwohl das Bundesarbeitsgericht geurteilt hat, dass Frauen und Männer für die gleiche Arbeit auch den gleichen Lohn erhalten müssen, ist die Realität eine andere. So wurde am Equal Pay Day (Tag der gleichen Bezahlung) am 7. März 2023 noch ein-



mal auf die bestehende Lohnlücke zwischen Frauen und Männern hingewiesen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts haben Frauen im vergangenen Jahr 18 Prozent weniger pro Stunde brutto erhalten als Männer (der bereinigte Gender Pay Gap Wert liegt bei 7 Prozent).

**Viele Frauen in schlechter bezahlten Berufen**

So arbeiten viele Frauen in schlechter bezahlten Berufen – zum Beispiel im Pflegebereich – und häufiger als Männer in Teilzeit, was sich natürlich auch auf die Lohnhöhe auswirkt. Selbst wenn Frauen mehr arbeiten wollen, werden sie durch fehlende Betreuungsmöglichkeiten von Kindern oder Angehörigen ausgebremst. Ein erster Schritt, um diese Lohnungleichheit zu beenden, ist das



sogenannte Entgelttransparenzgesetz. Dieses sieht unter anderem einen individuellen Auskunftsanspruch für Beschäftigte sowie eine Berichtspflicht des Arbeitgebers zu Gleichstellung und Entgeltgleichheit vor. Es soll Frauen dabei unterstützen, ihren Anspruch auf gleiches Entgelt bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit künftig besser durchsetzen zu können.

■ **Gerechte Verteilung der Fürsorgearbeit**

Genauso wichtig ist aber eine gerechtere Verteilung der Fürsorgearbeit. Durch den Ausbau der Kinderbetreuung und durch bessere gesetzliche Rahmenbedingungen für die Pflege von Angehörigen, die auch eine partnerschaftliche Arbeitsteilung erleichtert, kann die oft geforderte Vereinbarkeit von Familie und Beruf gelingen. Vor allem Frauen benötigen mehr Zeitsouveränität, die auch mit einem Mitspracherecht bei Dauer, Lage und Ort der Arbeitszeit einhergeht. Insbesondere im Bereich der Zustellung der Deutschen Post lassen die Ar-

beitsbedingungen diesbezüglich noch zu wünschen übrig.

Die Tatsache, dass Frauen viel häufiger unbezahlte Hausarbeit und „Pflegearbeit“ als Männer leisten, hat auch zur Folge, dass sie weniger Zeit haben, ein auskömmliches eigenes Einkommen zu erwirtschaften und sich fürs Alter abzusichern. Dass mehr Frauen von Altersarmut betroffen sind als Männer, verwundert daher nicht.

Das alles zeigt, dass von einer Gleichberechtigung und Gleichstellung beider Geschlechter noch keine Rede sein kann. Deshalb sollte sich weiterhin für eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie die Rechte der Frauen eingesetzt werden.

■ **vbba: Die Frauenvertretung bezieht klare Stellung**

Die Jahre der Pandemie und der Ukraine-Krise zeigen auf, dass viele Themen der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf leider kein Schnee von gestern, sondern weiter aktuell und

ungelöst sind: Das gilt für ein bundesweit flächendeckendes Angebot an genügend Kitaplätzen, nicht besser sieht es bei dem Angebot an Ganztagsbetreuungsplätzen an den Schulen aus. Aufgrund der fehlenden Betreuungsmöglichkeiten sehen sich viele Frauen gezwungen, ihre berufliche Entwicklung zurückzustellen.

Die vbba Frauenvertretung fordert:

■ **Endlich muss ein flächendeckendes Angebot geschaffen werden, das den modernen Bedürfnissen von Familien in einer der führenden Industrienationen der Welt im Jahr 2023 entspricht!**

Wenn ein Kitaplatz zur Verfügung steht, zeigt sich das nächste Problem: Die ungerechte Kostenstruktur für die Kitaplätze. Manchmal sind es nur wenige Hundert Meter, die darüber entscheiden, ob der Kitaplatz bezahlt werden muss und wenn ja, in welcher Höhe und für welche Dauer. Eine Entlastung durch die Übernahme der Kosten für

Kitas und Ganztagsschulbetreuung muss bundesweit einheitlich geregelt werden.

Ähnliche Probleme erleben Familien, die pflegebedürftige Angehörige sicher versorgt wissen wollen. Die Kosten für ambulante Pflege, Tagespflege oder Heimplätze sind hoch, die Angehörigen mit der Suche und der Kostenübernahme gefordert bis überfordert. Einfache und schnelle Unterstützung und Kostenübernahme müssen in allen Bundesländern einheitlich möglich sein.

Kostensteigerungen und Auswirkungen der aktuellen Inflation in allen Bereichen belasten Frauen und Familien derzeit besonders. Großartige Leistungen wurden von den Mitarbeitenden im öffentlichen Dienst in den letzten Jahren erbracht. Wir erleben derzeit eine sehr schwierige Entgelttrunde bei den aktuellen Tarifverhandlungen. Die Forderungen der vbba müssen ernst genommen werden. Ein fairer Tarifabschluss muss die Leistungen der vergangenen Jahre finanziell würdigen. ■

## Aktuelles aus unseren Mitgliedsgewerkschaften

■ **DJG**

**Informationen zur Höhergruppierung der Geschäftsstellen aus unserem Fachbereich Tarif**

**DJG** Im September 2020 haben zwei DJG-Mitglieder vor dem BAG Erfurt obsiegt. Die Berufung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) wurde vom Bundesverfassungsgericht nicht angenommen, was die Länder nunmehr zum Handeln zwingt. Dieses, nach langem Weg, positive Ergebnis, freut uns. Vor allem jedoch die damit verbundene Wertschätzung der Arbeit der vergangenen Jahre. Dem überwiegenden Teil der DJG-Mitglieder sollte der Erlass des Niedersächsischen Justizmi-

nisteriums vom 8. Februar 2023, in dem über die Ergebnisse der Sitzung der TdL vom 27. Januar 2023 berichtet wurde, bekannt sein. Wer weitere Informationen zu diesem Thema sucht, findet sie direkt auf der Website des DJG.

■ **DPoIG**

**Die Polizei wird immer jünger**

**DPoIG** Das Durchschnittsalter der Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten lag im Jahr 2022 bei 40,7 Jahren, vor zehn Jahren noch bei 43,9 Jahren. Die Gefahr, dass Wissen und Erfahrung verloren gehen, ist somit präsent. Die Konservierung des Wissens und die Weitergabe an

junge Kolleginnen und Kollegen ist eine Herausforderung, welcher sich unsere Behörde stellen muss.

Für die Zukunft müssen wir uns als Arbeitgeber besser aufstellen. Früher war die Sicherheit des Beamtenverhältnisses erstrebenswert. Heutzutage ist es die sogenannte Work-Life-Balance. Zukunftsorientierte und moderne Ausstattung, eine faire Bezahlung und das Ankommen im digitalen Zeitalter. Auch wenn wir durch Corona gelernt haben, dass Besprechungen nicht mehr „Face-to-Face“ stattfinden müssen oder auch die Vorlesungen online durchgeführt werden können, haben wir noch viel Arbeit vor uns!

Ferner besteht bei einer immer jünger werdenden Organisation die Pflicht, die junge Generation frühzeitig in Prozesse mit einzubeziehen und am Entscheidungsprozess teilhaben zu lassen. Das Potenzial ist da und will genutzt werden.

**Kommentar DPoIG Niedersachsen zur geplanten Kennzeichnungspflicht**

Was wir brauchen? Rückhalt und Unterstützung – Was wir bekommen? Den Tritt in den Rücken! Kennzeichnungspflicht verkehrt die Probleme und zeigt kollektives Misstrauen gegen die Polizei.

Wenn sich Innenpolitiker der Grünen hinstellen und von In-





halten des rot-grünen Koalitionsvertrages sprechen, sollten sie sich auf das berufen, was die Polizei dringend benötigt, nicht auf Kollektiv-Misstrauen und den Applaus des eigenen Wählerklientel.

Der DPoIG-Landesvorsitzende Patrick Seegers sagt dazu: „Die Inhalte des Koalitionsvertrags sind bekannt. Wir würden begrüßen, wenn man sich der wichtigen Baustellen annehmen würde, statt sich ideologischer Träume hinzugeben. Wenn sich Herr Lühmann von den Grünen hinstellt und behauptet, man sei dazu in vertrauensvollen Gesprächen mit den Gewerkschaften, dann kann ich Ihnen sagen: Dazu gibt es keine Gesprächsbasis mit der DPoIG!“

Zu Gesprächen über andere dringende Themen der Koalitionsvereinbarung zeigt sich Seegers offen: „Der Wahlkampf ist vorbei. Stillstand können wir uns nicht leisten. Wir müssen über Besoldung, den Schutz von Einsatz- und Rettungskräften, die Attraktivität des Berufsbildes, Gesundheitsschutz und noch viel mehr sprechen statt Zeit mit abstrusen Ideen zu verschwenden.“

Dirk Waldmann, Direktionsverbandsvorsitzender der DPoIG ZPD – hier sind die Bereitschaftspolizeien angesiedelt –, sagt dazu: „Wir stehen auch jetzt schon medial so im Fokus, dass eine solche Kennzeichnung eine weitere Eskalationsstufe des Misstrauens bedeuten würde. Permanentes Infragestellen und gleichzeitig Attacken wie in Lützerath zu erleben, das macht was mit den Kolleginnen und Kollegen!“

Die DPoIG fordert Innenministerin Behrens auf, klare Position zu beziehen und eine solche Forderung abzuweisen. Ein Nachholbedarf bei internen Ermittlungen gibt es nicht und es ist ebenso wenig angebracht, Zweifel an Justiz und Rechtsstaatlichkeit zu hegen.

BDZ unterstützt zusammen mit DPoIG und komba die Aktion in Bremerhaven



Am 8. März 2023 kam es am Weltfrauentag zu Warnstreik Nr. 4 in Bremerhaven. Es waren zwei Redner vor Ort, zum einen Heike Nau (Vorsitzende dbb OV Bremerhaven/DPoIG), die zum Weltfrauentag gesprochen hat, und zum anderen Olaf Wietschorke (stellvertretender Vorsitzender dbb Bremen/BDZ), der ein Resümee zum bisherigen Arbeitskampf gezogen und über die unverständlichen Reaktionen der Arbeitgebenden gesprochen hat.

„Wir haben eigentlich alle Wichtigeres zu tun als diesen ewigen Tarif-Tanz mit den Arbeitgebenden aufzuführen – eigentlich sorgen wir gerne dafür, dass das Land funktioniert, sich die Menschen, die hier leben, sicher fühlen und auf einen verlässlichen Staatsdienst zählen können“, sagte Olaf Wietschorke.

Aus diesem Grund startete der dbb Bremen OV Bremerhaven weitere Arbeitskämpfe. Sie fanden am 16. und 17. März statt.

DSTG Niedersachsen

Finanzanwärterinnen und Finanzanwärter können einen Antrag auf Unterstützung in Höhe von 200 Euro stellen



In den letzten Wochen wurden vermehrt Anfragen aus dem Kreis der Anwärterinnen und Anwärter gestellt, ob auch sie einen Antrag nach Studierenden-Energiepreispauschalengesetz (EPPSG) beantragen könnten. In gewohnter kollegialer Zusammenarbeit mit der Steuerakademie wurde diese Fragestellung nun teilweise geklärt. Das Regionale Landesamt für Schule und Bildung Osnabrück hat erklärt, dass nach § 1 Abs. 2 Nr. 3 EPPSG die Finanzanwärterinnen und Finanzanwärter antragsberechtigt sind. Die Antragsformalitäten müssen aber beachtet wer-

den. Die Steuerakademie wird die Anwärterinnen und Anwärter hierüber informieren.

Für die Steueranwärterinnen und Steueranwärter gestaltet sich die Thematik aktuell schwieriger, da die Antragsvoraussetzungen nicht vorliegen und die Akademie diesbezüglich nicht im Ausbildungsstättenverzeichnis mit aufgenommen wurde.

VBE

„Scheindebatte um 4-Tage-Woche in Grundschulen endlich beenden!“



„Pläne zur Einrichtung einer 4-Tage-Woche an der Grundschule in Wiefelstede waren weder geplant noch eigenmächtig umgesetzt. Kultusministerin Julia Willie Hamburg hat dies heute in der Landtagsdebatte zu diesem Thema noch mal deutlich gemacht. Das Agieren des regionalen Schulamtes für Schule und Bildung (RLSB) in diesem Fall, die Verantwortung für die prekäre Situation und den geplanten Notmaßnahmen allein der Schulleiterin anzulasten und wider besseres Wissen von einem Alleingang zu sprechen ist pure Heuchelei und zeigt wieder einmal: Wenn es ernst wird, lässt man die Schulen mit ihren Problemen im Regen stehen“, so Franz-Josef Meyer, Landesvorsitzender des VBE, in seiner Kommentierung der Diskussion um die 4-Tage-Woche der Grundschule Wiefelstede.

Durch den kurzfristigen Ausfall von mehreren Lehrkräften gab es in der Wiefelsteder Grundschule massive Personalengpässe, die kurzfristig gelöst werden mussten. Zur Überbrückung plante die Schule in Absprache mit dem Kollegium und dem Schulleiternrat eine 4-Tage-Woche mit Notbetreuung, dem ausdrücklich von der Landes-schulbehörde zugestimmt wurde. Erst nach der Presseschelte durch das Kultusministerium stellte sich dann heraus, dass die Schulbehörde sehr wohl infor-



miert war. „Die Vorgänge in Wiefelstede sind nur die Spitze des Eisberges. Der Lehrkräfte-mangel ist überall spürbar und Notmaßnahmen wird es auch zukünftig geben. Da hilft auch nicht der Verweis auf die „gute“ Unterrichtsversorgung der Grundschulen mit 98,8 Prozent. Die Ministerin vergisst, dass Grundschulen die Verlässlichkeit gewährleisten müssen. Jeder Wert unter 100 Prozent bringt diese Verlässlichkeit in Gefahr und führt dann zu Notmaßnahmen. Der VBE erwartet, dass dann die Schulbehörden und das Kultusministerium diese Schulen umgehend personell unterstützen und sie nicht mit ihren Problemen allein lassen. Das unrühmliche Verhalten der Schulbehörde bei der Grundschule in Wiefelstede darf sich nicht wiederholen. Hier muss die Kultusministerin Klartext sprechen, anstatt die Dezernenten in Schutz zu nehmen.“

VNSB

Jahreshauptversammlung des OV Wolfenbüttel



Am 9. März 2023 trafen sich die Mitglieder des OV Verbandes Wolfenbüttel zur Jahreshauptversammlung. Der Vorsitzende Sascha Wand berichtete über die aktuellen Themen, mit denen sich der Ortsverband beschäftigt. Er bedankte sich bei seinen Vorstandskollegen für die konstruktive Arbeit in den letzten acht Jahren, in denen er der Ortsverband als Vorsitzender geleitet hat. Weiterhin richtete er Grüße des Landesvorsitzenden Oliver Mageney aus. Der aktuelle Vorsitzende ehrte die Kollegen Martin Fricke und Dirk Schmidt-Salewski für 25-jährige Verbands-treue. Während der Sitzung kam es gemäß der Tagesordnung zu Neuwahlen des gesamten Vorstandes. Bei der anschließenden Wahl gab er den Vorsitz des Ortsverbandes an den Kollegen Dirk Schmidt-Salewski ab.

